

I-3

| | | |
|-------------------------------------|---|------------------------------------|
| Titel | Die SPD übernimmt Verantwortung – Unser Masterplan für die Asyl- und Integrationspolitik! | |
| AntragstellerInnen | , Mannheim | |
| Zur Weiterleitung an | SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag, Juso Bundeskongress, SPD Bundestagsfraktion | |
| <input type="checkbox"/> angenommen | <input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen | <input type="checkbox"/> abgelehnt |

1 Spätestens seit dem September 2015 dominiert die Flüchtlingskrise die Debatten in
2 Deutschland und Europa. Seitdem gibt es wohl kaum eine Debatte die ähnlich lange und
3 aufreibend geführt wird und so emotional unter den Menschen diskutiert wird – auch keine,
4 die den Populisten so in die Karten spielt. Gerade im Verhältnis zu Ländern wie Österreich,
5 Ungarn oder Polen haben sich die Fronten zwischen den EU-Mitgliedstaaten massiv verhärtet.
6 Aber auch in Deutschland selbst sind sowohl die Gesellschaft, als auch die Regierung
7 gespalten. Fakt ist, die massive Uneinigkeit gerade auf europäischer Ebene resultiert nicht
8 zuletzt aus dem Pochen auf nationale Interessen und der Verweigerung einer europäischen
9 Lösung des Problems. Auch Deutschland muss sich hier Fehler eingestehen. Bereits vor dem
10 September 2015 erhöhte sich die Anzahl der Asylanträge um knapp ein Drittel. Insbesondere
11 die Hilferufe von Küstenstaaten wie Spanien, Griechenland oder Italien wurden schlicht nicht
12 wahrgenommen, während trotz aller Solidaritätsbekundungen weiterhin auf die Dublin-
13 Verordnung verwiesen wurde.

14 Aus Liebe zum Vaterland: Heimat-Horst in die Rente abschieben!

15 Dass genau in diesem Klima, die CSU aus reinen Wahlkampfgründen den Sargnagel in die
16 ohnehin schon desolate gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik treiben will und eine
17 deutsche Regierungskrise riskiert, ist gelinde gesagt verantwortungslos, offen gesagt einfach
18 nur widerlich und dem Anspruch der CSU, als Teil der Regierung die Bundesregierung
19 Deutschland zu vertreten, nicht würdig. Aber das Verhalten der Union zeigt genau die Fehler,
20 die wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht machen dürfen!

21 Aus dem unveröffentlichten 63-Punkte "Asyl-Masterplan" des Innenministers wird seit Wochen
22 nur ein einziger, nämlich die Zurückweisung an deutschen Grenzen besprochen. Eine
23 Maßnahme, die letzten Endes nur eine geringe Zahl an Asylbewerbern betreffen dürfte. Das
24 löst weder die Probleme der EU-Staaten, noch bietet sie eine Antwort auf das Elend der
25 Flüchtenden. Wir als SPD wollen das würdelose Spiel der Union und insbesondere der CSU
26 nicht mitspielen, sondern realistische und konkrete Vorschläge machen, wie wir gemeinsam

27 als Europäische Union diese große Aufgabe meistern können: zum Wohle des
28 Zusammenhalts in der Europäischen Union, des Zusammenhaltes im Land und insbesondere
29 zum Wohle der Menschen, die unter lebensbedrohlichen und menschenunwürdigen
30 Bedingungen vor Krieg und Elend ihre Heimat verlassen mussten. Es ist Zeit für einen
31 gezielten, überzeugenden und pragmatischen Vorstoß in der Asylpolitik! Die Spaltung der
32 Union gibt uns die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen.

33 Wir fordern Kanzlerin Merkel auf, Horst Seehofer als Innen- und Heimatminister zu
34 entlassen, sollte es eigenmächtige Entscheidung entgegen der Richtlinienkompetenz,
35 gegen den gültigen Koalitionsvertrag und geltende Kabinettsbeschlüsse geben. Er hat
36 der Bundesrepublik lange genug gedient, doch stellt er eine Gefahr für die Regierungsstabilität
37 dar.

38 Schengen statt Weißwurst – wir lassen uns von der CSU die EU
39 nicht nehmen!

40 Deutschland muss das Schengener-Abkommen erfüllen: Dauerhafte Grenzkontrollen
41 sind für uns nicht tragbar. Die Zeit der Mauern und Zäune muss vorbei sein. Der freie
42 Personenverkehr innerhalb der EU muss gewahrt bleiben – wir lassen es nicht zu, dass die
43 Grundfreiheiten der EU mit Füßen getreten werden.

44 Wir lehnen pauschale Zurückweisungen an der Grenze ab und jeder Einzelfall muss
45 nach der Genfer Flüchtlingskonvention konkret geprüft werden. Darüber hinaus lehnen
46 wir Camps für Geflüchtete ab – auch die Namensänderung wenn sie Ankerzentren genannt
47 werden.

48 Nationale Interessen und Alleingänge verschärfen nicht nur das Problem, indem nach der
49 Schließung der Balkanroute und dem Fehlen eines angewendeten europäischen
50 Verteilungsschlüssels sich die Situation in den Flüchtlingscamps im Süden Europas zu absolut
51 menschenunwürdigen Bedingungen verschlechtert hat. Zusätzlich spalten sie die
52 Gesellschaft der Europäischen Union, wo doch einzig eine geeinte EU dieser enormen
53 Herausforderung überhaupt nur entgegenstehen kann.

54 Die SPD steht für eine humane Asylpolitik

55 Europa braucht eine humane Grundlage für eine wirksame Asylpolitik. Um die
56 lebensgefährliche Flucht nach Europa durch Schlepper wirksam zu bekämpfen benötigt die
57 EU legale Wege Asyl auch aus den Heimatstaaten zu beantragen. Dafür braucht es ein
58 gemeinsames und entschlossenes Vorgehen in der Europäischen Union.

59 Dafür fordern wir die Einrichtung Europäischer „Safe Spots“ entlang prominenter
60 Flüchtlingsrouten. Von hier soll es Flüchtlingen Möglich sein ihren Asylantrag zu stellen und
61 auf legalem Wege in die Europäische Union einzureisen.

62 Diese sollen in enger Zusammenarbeit zwischen EU und UNHCR von UN-Blauhelmen
63 gesichert werden um Menschenrechtsverletzungen und Kriminalität entlang den

64 Flüchtlingsrouten entgegenzuwirken.

65 Zusätzlich soll es möglich sein in europäischen Botschaften im Ausland Asylanträge zu
66 stellen.

67 Wir erkennen an, dass das Dublin-Abkommen gescheitert ist. Daher fordern wir eine
68 grundlegende Neuausrichtung des europäischen Asylsystems. Alle Staaten müssen in die
69 Pflicht genommen werden, ihren Beitrag zu einer humanen Flüchtlingspolitik zu leisten. In
70 einem neuen Pakt der Solidarität sollen die Lasten der Migrationsbewegung auf alle
71 Mitgliedstaaten verteilt werden. Dabei muss Deutschland mit einem guten Beispiel
72 vorangehen und einen großen Beitrag, auch in finanzieller Sicht, leisten. Bei Verletzung der
73 Pflichten aus dem neuen Asylpakt müssen entsprechende Sanktionen greifen.

74 Die Europäische Union braucht dabei keine Hochgerüstete, sondern eine effiziente
75 Außengrenze. Darum sollten Staaten an den EU-Außengrenzen durch umfassende
76 logistische, administrative und finanzielle Unterstützung entlastet werden. Dabei ist klar:
77 Nur eine sichere EU-Außengrenze ist Garant für den grenzenlosen Verkehr innerhalb der EU.

78 Wir sehen das Asylthema auch als Chance für eine tiefere europäische Integration. Selbst
79 Merkel hat verstanden, dass sich dieses Thema nur auf europäischer Ebene lösen lässt.
80 Daher wollen wir diesen Prozess nutzen, um unsere Vorstellungen von einem engeren
81 Zusammenrücken innerhalb der EU durchzusetzen insbesondere im Hinblick auf eine
82 Sozialunion.

83 Eine europäische Herausforderung bedeutet eine gemeinsame
84 Verantwortung!

85 Um die europäische Migrationspolitik zu gestalten, bedarf es einer ausreichenden, effektiven
86 und solidarischen Finanzierung. Weitergehend sind wir uns darüber bewusst, dass eine
87 gemeinsame europäische Migrationspolitik aus verschiedenen Politikbereichen besteht,
88 welche nur in der Summe eine erfolgreiche Migrationspolitik ausmachen:

89 In der Asylpolitik, bei Fragen der Integration und in Angelegenheiten über die Rückführung
90 von Menschen ohne Aufenthaltsrecht ist es allein eine europäische Antwort, welche all diese
91 Herausforderungen meistern wird können. Die Aufnahme und Integration von Geflüchteten ist
92 also eine europäische Aufgabe. Da eine erfolgreiche Asyl- und Integrationspolitik nur durch
93 multinationale Zusammenarbeit entstehen kann, bedarf es einer solidarischen Finanzierung
94 innerhalb der Europäischen Union, um Projekte und Initiativen zu finanzieren.

95 Im Jahre 2014 wurden verschiedene EU-Fonds, die u.a. für die separate Finanzierung der
96 Flüchtlingspolitik, Integrationspolitik oder des Grenzschutzes, eingerichtet worden waren, zu
97 einem EU-Fonds zusammengefasst, unter dessen Dach fortan all jene Aufgaben nun
98 gebündelt koordiniert wurden. Der damit neu geschaffene Asyl-, Migrations- und
99 Integrationsfonds (kurz: AMIF) wird seither aus dem EU-Haushalt finanziert, wobei seine
100 Schwerpunktthemen und die Verteilungsschlüssel über eine Periode von 7 Jahren festgelegt

101 werden.

102 Da die eingangs genannten Themen alle miteinander zusammenhängen und sich
103 unvermeidbar gegenseitig bedingen, halten wir die Fusion der finanziellen Ausstattung dieser
104 Politikbereiche für stringent, logisch und einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung.

105 Jedoch sind wir der Überzeugung, dass der Status Quo nicht beibehalten werden kann und
106 wir dementsprechend weitere Verbesserungsmöglichkeiten anstreben müssen, wenn wir die
107 europäische Integration weiter voranbringen wollen.

108 Wir Jusos fordern daher folgende progressive Schritte in den Finanzierungsfragen der
109 europäischen Migrationspolitik:

110 Als neue Finanzierungsmethode soll in den bestehenden AMIF-Fonds von jedem
111 EU-Mitgliedstaat ein fester Anteil seines Bruttoinlandsprodukts eingezahlt
112 werden, um staatliche und private Projekte zu finanzieren.

113 Die Mittel des Fonds sollen abhängig von der Anzahl an aufgenommenen
114 Geflüchteten an den jeweiligen Mitgliedstaat verteilt werden. Die zusätzliche
115 Beantragung von finanziellen Mitteln für Sonderprojekte z.B. von NGO's oder
116 privaten Einrichtungen wird weitergeführt.

117 Die Schwerpunktsetzung und Neu-Budgetierung des Fonds soll im Angesicht
118 einer sich schnell verändernden Welt, anstatt alle 7 Jahre, alle 5 Jahre stattfinden.

119 Innerhalb des AMIF-Fonds muss dabei stets mindestens die Hälfte des Budgets
120 in Integrationsprojekte investiert werden. Diese Untergrenze wird juristisch
121 festgeschrieben.

122 Dem Fonds soll auch das Ziel vorgegeben werden, Rücklagen über den Zeitverlauf
123 zu bilden, welche in Ausnahmesituationen direkt als Soforthilfemaßnahmen zur
124 Verfügung gestellt werden können.

125 Fairer Handel statt Waffenhandel

126 Um langfristig dafür zu sorgen, dass es zu keiner neuen Migrationsbewegung aufgrund von
127 humanitären Bedingungen kommt muss die Entwicklungshilfe massiv verbessert werden. Als
128 ersten Schritt sollte sich die Bundesrepublik dazu verpflichten mindestens genauso viel Geld
129 für Entwicklungshilfe auszugeben wie für militärische Zwecke. Außerdem sollten die
130 Waffenexporte schrittweise reduziert werden und faire Handelsabkommen mit
131 Entwicklungsländern geschlossen werden um auch schwächere Staaten am Europäischen
132 Reichtum teilhaben zu lassen.

133 Die Mittel des UNHCR und des World Food Program müssen sofort so aufgestockt werden,
134 dass humanitäre Mindeststandards in den Flüchtlingscamps gewährleistet werden können.

135 Humane Asylbedingungen für ein gutes Zusammenleben in Vielfalt

136 Für ein gutes Zusammenleben von Geflüchteten in Europa dürfen Geflüchtete nicht als
137 Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Deshalb lehnen wir die Vergabe von

138 Sachleistungen ab und bevorzugen die Ausgabe eines Taschengeldes um Geflüchteten die
139 Möglichkeit zu geben selbst über ihren Haushalt zu bestimmen.

140 Das Stellen eines Asylantrags darf nicht zu einem langjährigen Warteprozess werden, in dem
141 die Geflüchteten in Unsicherheit über ihr zukünftiges Leben stecken. Deswegen sollten
142 Asylverfahren maximal drei Monate bis zum ersten Bescheid in Anspruch nehmen.

143 Außerdem sollen Geflüchtete, die seit mindestens fünf Jahren in Deutschland leben aber
144 lediglich den Status der Duldung haben, vereinfachte Möglichkeiten erhalten, die Duldung
145 in eine Aufenthaltsgenehmigung umzuwandeln. Dies ist besonders wichtig bei Geflüchteten
146 mit Kindern, die den Großteil ihrer Kindheit in der EU gelebt haben.

147 Besonders wichtig für ein friedliches Zusammenleben und erfolgreiche Integration ist die
148 Familie, deshalb fordern wir die Familienzusammenführung wieder unbegrenzt zu
149 ermöglichen!

150 Integrationsmaschine statt Abschiebeindustrie – Vielfalt fordern
151 und fördern

152 Wir fordern die Bundesregierung auf, eine Integrationspolitik auf Basis unserer
153 gesellschaftlichen Grundwerte Menschlichkeit, Nächstenliebe, Freiheit, Gerechtigkeit,
154 Diversität und Solidarität aufzubauen, anstatt auf populistischen Ressentiments. Die
155 Geflüchteten müssen dabei im Vordergrund stehen und nicht – wie die CSU und die AfD es
156 immer wieder versuchen – diejenigen Deutschen, die eine Gesellschaft in Vielfalt und Freiheit
157 nicht schätzen.

158 Es darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden, dafür steht im Sinne des gesellschaftlichen
159 Zusammenhalts zu viel auf dem Spiel. Um dies zu erreichen, müssen wir jetzt entschiedene
160 und konkrete Maßnahmen implementieren, die auf gar keinen Fall darauf abzielen, Menschen
161 so gut es geht von der Teilhabe an der Gesellschaft fernhalten. Vielmehr müssen wir den Weg
162 der Integration erleichtern und möglich machen. Dabei muss unser Anspruch sein, geflüchtete
163 Menschen gleichzeitig zu fördern und zu fordern!

164 Wir fordern die Bundesregierung daher auf, folgende Rahmenbedingungen für eine
165 gelungene Integration zu schaffen:

166 Der verpflichtende Integrationskurs muss kostenlos sein. Der klassische
167 Integrationskurs über 700 Unterrichtsstunden kostet laut BAMF zurzeit 1.365€.

168 Zudem muss das bestehende Angebot an Integrationskursen weiter ausgebaut
169 werden um lange Wartezeiten oder überfüllte Kurse zu vermeiden.

170 In den Integrationskursen sollte die Deutsche Geschichte und die daraus
171 resultierende Verantwortung gegenüber jeglichem Nationalistischen, Rassistischen
172 und insbesondere antisemitischen Gedankengut eine besondere Rolle spielen.

173 Die gesellschaftliche Teilnahme mittels Vereinen muss so unkompliziert wie möglich
174 funktionieren. Dazu gehört vor allem ein möglichst unbürokratischer Vereinsbeitritt für

175 Geflüchtete. Über ein Anreizsystem, um mehr geflüchtete Menschen in Vereine zu
176 bekommen, kann nachgedacht werden, darf aber nicht zur übermäßigen
177 Bevorteilung gegenüber Nicht-Geflüchteten führen, sondern maximal zum
178 Nachteilsausgleich.

179 Es muss ein üppig und flächendeckend finanziertes Botschafterprogramm
180 geschaffen werden, welches Personen, die bereits Integration gelebt haben und am
181 Anfang ihres Lebenswegs vor bestimmten Hürden standen, mit den Geflüchteten von
182 heute zusammenbringt. Die Botschafter sollen den Geflüchteten als Vorbild und
183 gesellschaftlicher Leuchtturm dienen, sie anleiten und helfen, sich in ihrem neuen,
184 unbekanntem Umfeld schnellstmöglich zu verwirklichen. Insbesondere auf
185 kommunaler Ebene soll solch ein Netzwerk implementiert werden, um eine nahe und
186 persönliche, mentorenhafte Beziehung zu ermöglichen.

187 Im Zuge dessen soll ebenfalls ein Integrationswettbewerb initiiert werden, welcher
188 herausragende Errungenschaften und Erfolge in der Integrationsarbeit oder die
189 besondere Integrationsleistung eines Geflüchteten honoriert.

190 Gleichzeitig müssen wiederholt Kriminelle und schwerstkriminelle Flüchtlinge, sowie
191 abgelehnte Asylbewerber die keine Bleibeperspektive in der EU haben in ihre
192 Heimatländer zurückgeführt werden. Dabei sollte im Besonderen auf der
193 Verhältnismäßigkeit der Rückführungen geachtet werden. Sollten sich die
194 Heimatländer die abgewiesenen Flüchtlinge nicht zurücknehmen, so sollen auf
195 Europäischer Ebene Lösungen ausgehandelt werden und im Notfall
196 Gegenmaßnahmen angesetzt werden.

197 Als das Fundament jeglicher Integration sollte der Grundsatz dienen, dass Interessen von
198 Geflüchteten nicht gegen die Interessen der einheimischen Bevölkerung ausgespielt werden
199 dürfen. Aus diesem Grundsatz folgt, dass Maßnahmen zur Integration mit einem Höchstmaß
200 an Transparenz und Inklusion erfolgen müssen. Dazu gehört, dass Hilfsprogramme und
201 Hilfsmittel stets sowohl für mittellose und sozial benachteiligte Bürger unseres Landes, als
202 auch für die Mitte der Gesellschaft zur Verfügung stehen müssen. Abgehängten und
203 strukturell benachteiligten Menschen müssen Angebote gemacht werden, den Weg zurück
204 in die Mitte der Gesellschaft zu finden – unabhängig davon, ob sie aus dem Aus- oder Inland
205 kommen. Nur so kann die gesellschaftliche Kohäsion, von der letztlich alle profitieren, mittel-
206 und langfristig sichergestellt werden.

207 Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, dass Menschen, die in Deutschland kein Recht
208 auf Asyl haben, abgeschoben werden. Das gewährleistet letztlich einen effektiven Einsatz
209 der Hilfsmittel für bedürftige Menschen.

210 Die Partei der Arbeit fordert: Integration durch Arbeit!

211 Eine gelungene Integration in die Gesellschaft kann nur geschehen durch die Einbindung

212 der Menschen in den Arbeitsmarkt und die Möglichkeit den eigenen Lebensunterhalt zu
213 verdienen. Aktuell werden Menschen, die eine Aufenthaltsgestattung erhalten haben, große
214 Hürden gestellt bevor sie sich eine Arbeitsstelle suchen können und so ihr Leben in
215 Deutschland eigenständig gestalten können. Diese bürokratischen Hürden müssen
216 abgebaut werden und den Menschen so bessere Möglichkeiten der Integration gegeben
217 werden. Nur durch einen vereinfachten Zugang zum Arbeitsmarkt kann Integration gelingen
218 und den Geflüchteten die Möglichkeit gegeben werden sich ein Leben in Deutschland
219 aufzubauen. Die gängige Praxis, dass Menschen welche für den deutschen Arbeitsmarkt
220 dringend gebraucht werden, gezwungen sind Zuhause zu bleiben kann nicht im Interesse
221 unserer Gesellschaft sein.

222 If Mayors ruled the World: Europa fördern – Kommunen stärken

223 Wir setzen uns für einheitliche europäische Standards ein, um Asylverfahren gerecht und
224 transparent zu entwickeln. Um ein gemeinsames europaweites Asylverfahren zu gestalten
225 bedarf es einer einheitlichen Rechtsgrundlage. Besonders der Begriff des "sicheren
226 Herkunftslandes" darf nicht politisch instrumentalisiert werden, sondern muss europaweit
227 richterlich geklärt sein. Folglich unterstützen wir ein Verfahren, welches einheitliche Anträge
228 vorsieht um die Prozesse zu vereinfachen und das Verfahren möglichst transparent zu
229 gestalten. Besonders wichtig erscheint uns, für ein gelingendes europäisches Asylverfahren,
230 die Zusammenarbeit im Hinblick auf die Registrierung und Aufnahme der Geflüchteten. Der
231 Austausch von Informationen zwischen europäischen Staaten sollte deshalb gefördert
232 werden. Um eine gelingende Integration zu gewährleisten sind die Kommunen der
233 entscheidende Ort. Hier zeigen sich Erfolge und Misserfolge von Integrationsmaßnahmen.
234 Wir setzen uns deshalb für stärkere finanzielle Unterstützung der Kommunen ein. Ebenso
235 befürworten wir Maßnahmen, um die Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen
236 sowie europäischen Instituten zu verbessern. Ein koordiniertes Integrationsverfahren,
237 welches die Kommunen stärker unterstützt, würde den gesellschaftlichen Zusammenhalt
238 stärken und die Situation von Geflüchteten in Deutschland und den anderen Staaten Europas
239 verbessern.

240

241 **Begründung**

242 erfolgt mündlich